

# Gewerbegebiet "Kleinfeldchen" in Hennef-Warth / B8 / Wingenshof

## Die Situation:

Stand: 1. Mai 2014

- **Bebauung** eines Gebietes in einer Größe von ca. 78.000 m<sup>2</sup> - Zusätzliche **Verkehrsbewegung** von bis zu 4.000 Pkw/Lkw pro Tag
- Alleinige Verkehrsanbindung des Gebietes über eine **zusätzlichen Ampelanlage** an der Straße "Wingenshof" (zwischen "Kapellenstraße" und Bundesstraße B8)
- 5.000 m<sup>2</sup> große **Gastronomie** (verursacht alleine täglich bis zu 2.100 zusätzliche Fahrten)
- Ansiedlung einer rund um die Uhr besetzten **Feuerwehr und Rettungswache** - Ansiedlung eines **Busdepots** mit 240 Busbewegungen pro Tag

## Unsere Forderung:

- **keine neue Ampelanlage** an der Straße "Wingenshof", sondern Anbindung des Gewerbegebiets über die Bundesstraße B8
- **keine Ansiedlung von Lärm oder Gestank** verursachenden Betrieben oder Diskotheken
- **Sinnvolle Ansiedlung** der Feuer- und Rettungswache (z.B. direkte Anbindung an B8)
- **keine Ansiedlung von Großgastronomie**, die, wie im Verkehrsgutachten prognostiziert, bis zu 2.100 zusätzliche Pkw-Fahrten am Tag verursacht
- **keine nachhaltige Schädigung der Wohn- und Lebensqualität** in den Ortsteilen Geisbach und Warth
- eine vernünftige **Schulwegsicherung** im Bereich der Gesamtschule Meiersheide
- **Hochwasserschutz** für die Anwohner von Hanfbach und Höhnerbach
- **Tatsächliche Bürgerbeteiligung aller betroffenen Anwohner**, sollten die Mehrheitsverhältnisse in Rat und Gremien sich für das Gewerbegebiet Kleinfeldchen entscheiden

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Warth und Geisbach,

wir als Bürgerinitiative setzen uns ein für eine Planung, die die Interessen vor allem in Bezug auf Verkehr und Oberflächenwasser nachvollziehbar berücksichtigt. Bitte unterstützen Sie uns, sprechen Sie uns an, oder bringen Sie sich selbst ein.

Die bisherigen Reaktionen zeigen zumindest, dass Politik und Verwaltung wach geworden sind. Diese Aufmerksamkeit muss bleiben!

Wir haben den **Bürgermeister** und die **Hennefer Parteien** aufgefordert, Fragen zu Standpunkten, Problemen und Alternativen als sogenannte Wahlprüfsteine bis zum 30. April zu beantworten. Im Folgenden möchten wir ihnen die wesentlichen Inhalte der Antworten darstellen. Die **Fragen und ausführlichen Antwortschreiben** des Bürgermeisters und der Parteien finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.buergerinitiative-kleinfeldchen.de> unter dem Punkt "Offener Brief & Wahlprüfsteine".

## Die grundsätzlichen Aussagen des Bürgermeisters:

Durch das Gewerbegebiet wird keine Wertminderung der Grundstücke erwartet.	Die Anbindung des Gewerbegebietes an den Wingenshof ist machbar und die Verkehrssituation würde sogar besser.	Ein Verkehrsabfluss über die Meiersheide ist nicht sinnvoll und würde sich negativ auf die Schulwegsicherheit auswirken.
Bisherige Ausgaben für die Planung belaufen sich auf 130.000	Die Feuer- und Rettungswache an dem Standort wird benötigt und zudem soll dem hohen Bedarf an Gewerbefläche Rechnung getragen werden.	Alle Anmerkungen, Anregungen und Kritikpunkte werden in einer der nächsten Sitzungen des Planungsausschusses beantwortet.

**Die grundsätzlichen Aussagen der CDU:** hat nicht fristgerecht geantwortet, Antworten können Sie ggf. der Homepage entnehmen.

**Die grundsätzlichen Aussagen der SPD:**

Unterstützt die Planung in der vorliegenden Form nicht, will Alternativen und andere Lösungen, wenn das Gewerbegebiet an den Standort soll.	Das Aussagen des Verkehrsgutachtens sind nicht nachvollziehbar, die SPD hat aus diesem Grund im Dezember gegen die Planung gestimmt.	Schlägt alternative Lösungen für die diskutierten Probleme (Verkehr, Oberflächenwasser) vor, hat insgesamt sehr ausführlich geantwortet.
Hat keine Bedenken wegen des Standortes der Rettungswache in dem Bereich.	Sieht ein großes Problem bei der Ableitung des Oberflächenwassers Richtung Hanfbach und Höhnerbach.	Will wegen der Schulwegsicherheit keine Noterschließung oder andere Ausweichstrecken, die Verkehrsregelung soll vernünftig gelöst werden.

**Die grundsätzlichen Aussagen der Die Unabhängigen:**

Wollte den Beschluss über den Straßenplaner im Februar vertagen lassen, "CDU habe das vom Tisch gewischt".	Will eine alternative Verkehrsführung.	Gutachten zu "Lärm und Geruch" sollen abgewartet werden, entsprechende Maßnahmen sind dann zu ergreifen.
Das Thema Schulwegsicherung soll neu durchgedacht, wenn die alternative Verkehrsführung umgesetzt werden soll.	Will keine Noterschließung über den Kapellenweg oder den Hohlweg.	Sehen große Probleme bei der Aufnahme des Oberflächenwassers in Höhnerbach und Hanfbach.

**Die grundsätzlichen Aussagen der Bündnis 90/Die Grünen:**

Halten das Gewerbegebiet im Kleinfeldchen für tragbar, wenn ein "bürgerbeteiligendes Planfeststellungsverfahren" gewählt wird.	Ein Schwimmbad wird in dem Bereich als nicht umsetzbar gesehen, die Nutzung der Fläche muss neu überdacht werden.	Die Verkehrsplanung wird nicht unterstützt.
Rettungswache verlangt unabdingbar eine strikte Ampelregelung.	Die Entsorgung des Oberflächenwassers soll grundsätzlich durch ein Rückhaltebecken garantiert werden.	Die bestehende Hochwasserproblematik des Hanfbachs und des Höhnerbachs darf keinesfalls verschärft werden.

**Die grundsätzlichen Aussagen der FDP:**

Unterstützt ausdrücklich die geplante Bebauung des Kleinfeldchens in der vorgesehenen Form.	Erschließung über die B8 wird als besser empfunden, scheint aber wenig aussichtsreich.	Anliegerinteressen sollen umfangreich beachtet werden, eine Beeinträchtigung des Wohngebietes soll verhindert werden.
Lärm- und Geruchsbelästigungen müssen durch bauliche Maßnahmen entgegen getreten werden.	Der Hochwasser- und Kanalsituation soll durch bauliche Maßnahmen entgegen getreten werden.	Aufgrund der geringen Flächen für Gewerbegebiete ist das Kleinfeldchen dahingehend fast ideal.

**Die grundsätzlichen Aussagen der Die Linke:**

Lehnen die Maßnahme Änderung Kleinfeldchens in ein großer Gewerbegebiet und die Vorgehensweise der politischen Verantwortlichen ab.	Fehlende alternative Bebauungsmöglichkeiten oder eine seriöse Beteiligung der Bürger werden beklagt.	Die Verkehrsführung und Planungen sind nicht nachvollziehbar.
Werfen der Planung vor, dass ein Gesamtzusammenhang zu anderen Maßnahmen fehlt.	Sehen große Probleme beim Hochwasserschutz in Richtung Höhnerbach und Geisbach.	Wollen die Verwaltung in Regress nehmen, falls es zu negativen Folgen durch die vorgelegte Bebauungsplanung kommt.